

Antrag

der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen

Sicherheit im ÖPNV erhöhen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag bittet die Landesregierung, zu einer Konferenz zur Erhöhung der Sicherheit im ÖPNV einzuladen und die Ergebnisse in einem Konzept zusammenzuführen.

Dabei sind insbesondere folgende Punkte zu beachten:

- Stärkung des DB-Sicherheitspersonals, der Bundespolizei, gegebenenfalls die Einstellung von eigenem Personal sowie eine Ausweitung der Videoüberwachung in Zügen zur Unterstützung bei der Identifizierung von Täterinnen und Tätern und Aufklärung von Straftaten sowie Erhöhung der Sicherheit für das Bahnpersonal
- Polizistinnen und Polizisten in Zivil, die eine Dienstwaffe tragen, sollen kostenlos die Bahn nutzen können. Die bestehende Regelung, das uniformierte Polizeikräfte die Bahn kostenlos nutzen können, soll damit entsprechend ausgeweitet werden.
- Einrichtung von Waffenverbotszonen im Bereich von Bahnhofsvorplätzen. Die Einrichtung werden wir durch landesrechtliche Änderungen erleichtern. Zusätzlich soll ein landesweit geltendes Waffenverbot im Bahnhofsumfeld geprüft werden.
- Sicherstellung der Ausleuchtung von Bahnstationen zur Vermeidung sogenannter "Angsträume" z.B. Unterführungen.

Begründung:

Der brutale Angriff im Regionalexpress vom 25. Januar 2023 erschüttert uns noch immer. Der Angriff hat verschiedene Bereiche aufgezeigt, die Handlungsbedarf

erkennbar werden ließen. Das Konzept zur Erhöhung der Sicherheit im ÖPNV soll dabei einen Beitrag leisten.

Lukas Kilian und Fraktion Nelly Waldeck und Fraktion